

BESCHLUSSPROTOKOLL
zur öffentlichen Sitzung des Stadtteilbeirates Osterholz am
Montag, 20. März 2023 von 18.30 bis 20.55 Uhr (Ende der Sitzung)
im Haus im Park, Züricher Straße 40, 28325 Bremen.

Sitzungsbeginn: 18.30 Uhr

Sitzungsende: 20.55 Uhr

Teilnehmer*innen:

Herr Conreder
Herr Dillmann
Frau Fischer
Frau Haase
Herr Haase
Frau Hofmann
Herr Hohn
Frau Klin Protokollantin
Herr Kocas
Herr Krauskopf
Herr Kuhlmann
Herr Last
Herr Massmann (ab 19.05 Uhr anwesend)
Frau Osterhorn
Herr Dr. Restat
Frau Schönfelder
Herr Schlüter Sitzungsleitung
Herr Sporleder
Herr Wedler

entschuldigt:

Herr Wedler

Gäste:

Herr Staatsrat Jan Fries Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport
Frau Dr. Kodre Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport
Herr Theiling p+t planung stadt land freiraum
Herr Riechmann Revierleiter PK Ost
Herr Bartsch Leiter KOP
Frau Schwarzbeck KOP Schweizer Viertel
Herr Stahl KOP Alt Osterholz
Herr Barloschky
Herr Irmer BORIS
Herr Hasemann Stadteilkurier
Herr Metzner RBB
Herr Schleisiek GEWOBA
Herr Tasan, QM Schweizer Viertel
Herr Güngör, MdBB SPD
5 sachk. Bürger:innen des Beirates Osterholz
ca. 90 Bürger:innen

Der Beirat ist beschlussfähig. Herr Schlüter informiert, dass Herr Irmer (BORIS) die Sitzung aufzeichnen wird und am nächsten Tag bei Youtube/BORIS einstellt. Für die Anwesenden Personen ist das in Ordnung.

Die Tagesordnung wird wie folgt einstimmig beschlossen:

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Sitzungsprotokolle vom 05.12.2022 (ca. 5 min)
2. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (ca. 15 min)

3. Konzept Einfach wohnen (Housing First),
Herr Theiling Landschaftsarchitekt (ca. 15 min)
4. Planungen für eine mögliche Wohnbebauung Ecke Zu Lachmundshof/
Osterholzer Heerstraße (es liegt ein Bürgerantrag vor). (ca. 40 min)
Hierzu eingeladen:
 - Herr Staatsrat Jan Fries, Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport
 - Frau Dr. Petra Kodré; Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport
 - Herr Theiling, Landschaftsarchitekt
5. Anträge; u.a.
Beschlussfassung Globalmittelanträge 2023 (ca. 20 min)
6. Mitteilungen des Ortsamtes (ca. 5 min)
7. Verschiedenes (ca. 5 min)

Zu TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.12.2022

Das Protokoll der Sitzung vom 05.12.2022 wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2 Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Ein Bürger erwähnt die Verkehrssituation an der Osterholzer Heerstraße, insbesondere durch die LKWs. **Herr Haase** berichtet, dass dieses Thema seit Jahren im Beirat behandelt wird. Derzeit findet eine Bürgerbeteiligung zur Lärmkartierung statt. Dort möchten sich die Bürger:innen beteiligen. Das Thema bleibt für den Beirat auch weiterhin präsent.

Eine Bürgerin fragt nach, warum an der Osterholzer Heerstraße in Höhe Kita Schwedenhaus und Pflegeheim kein Tempo 30 existiert. **Herr Dillmann** informiert, dass die BSAG ein Mitspracherecht bei der Einführung von Tempo 30 abschnitten hat und in diesem Fall die Buslinie 37 nachteilig von Tempo 30 betroffen wäre und deswegen der Wunsch nicht umsetzbar ist. Auch die Frage nach Raser und Poser wird diskutiert. Herr Bartsch macht allerdings deutlich, dass Osterholz kein Raser/Poser Problem hat. Es gibt immer mal wieder Personen, die sich nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten. aber deshalb liegt noch nicht gleich ein „Problem“ vor. **Herr Schlüter** macht deutlich, dass es sich bei der Osterholzer Heerstraße um eine Hauptzufahrtstraße handelt.

Zu TOP 3 Konzept Einfach wohnen (Housing First)

Gast:

Herr Theiling Landschaftsarchitekt p+t planung stadt land freiraum

Herr Staatsrat Fries führt in die Thematik ein. Bremen hat sich zum Ziel gemacht, bis 2030 die Wohnungslosigkeit zu beenden. Damit geht die Schaffung von neuem Wohnraum einher. Housing First ist eine Alternative zu Notunterkünften und vorübergehender Unterbringung von Menschen. Housing First holt Obdachlose von der Straße in die eigene Wohnung (optimal mit einem eigenen Mietvertrag, Ziel ein selbstbestimmtes Leben zu führen). Die „eigene“ Wohnung ist ein Baustein, damit die Menschen auch die weiteren Lebensbausteine geordnet bekommen (auf die Person orientiertes Hilfesystem). Die beiden freien Flächen Zu Lachmundshof könnten als Standort in Betracht gezogen werden. Für ganz Bremen werden derzeit mehrere Standorte geprüft.

Herr Theiling präsentiert anhand seiner Präsentation das Projekt „Einfach Wohnen“. Anfang 2022 wurde er von der Stadt Bremen beauftragt, dieses Projekt umzusetzen- weitere Details siehe TOP 4 (in der Debatte sind die beiden TOPS nicht getrennt betrachtet worden).

Zu TOP 4 Planungen für eine mögliche Wohnbebauung Ecke Zu Lachmundshof/ Osterholzer Heerstraße (es liegt ein Bürgerantrag vor).

Gäste:

- Herr Staatsrat Jan Fries, Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport
- Frau Dr. Petra Kodré; Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport
- Herr Theiling, Landschaftsarchitekt p+t planung stadt land freiraum

Die beiden Grundstücke „Zu Lachmundshof“ an der Osterholzer Heerstraße gehören der Stadt Bremen. Folgende Bauten werden in Betracht gezogen: Direkt an der Osterholzer Heerstraße sind Mehrgeschossige Wohnungen (Mieterzielgruppe: offen, evtl. kann dort auch noch ein Träger einer sozialen Einrichtung untergebracht werden) geplant, dahinter jeweils Wohnungen (max. 15 Wohneinheiten, eher 10-12 Wohneinheiten, je 30m² mit einem kleinen Garten, barrierefreies Wohnen mit einer sozialen Betreuungsoption, Hausmeister) für das Projekt Housing First. **Frau Kodre** informiert, dass derzeit die konzeptionellen Überlegungen stattfinden, damit die Ausschreibung vorbereitet werden kann. Die Stadt Bremen hat bei Housing First die Belegrechte, die Zentrale Fachstelle Wohnen koordiniert die Belege (sozial verträgliche Belegung als Voraussetzung beachten). Frau Kodre betont, dass es sich hier um Wohnungen mit einem Mietvertrag handelt und nicht um ein Wohnungslosen Heim o.ä. folgende Zeitplanung strebt das Sozialressort an: Im Oktober erneute Vorstellung im Beirat Osterholz, ggf. Gremienbeschlüsse im Oktober 2023, Ausschreibung, Ausschreibung im November 2023, Ende Ausschreibungsfrist und Sichtung der eingereichten Konzepte, Zuschlagerteilung, Baubeginn.

Weiter folgen Fragen/Anmerkungen von den Beiratsmitgliedern (Antworten von Soziales befinden sich direkt unter der jeweiligen Frage/Anmerkung):

Herr Krauskopf möchte eine Präzisierung der begleitenden Hilfe der Betroffenen erläutert bekommen (rund um die Uhr Betreuung?). Sind die Wohnungen für genügend Freiraum/Rückzugsort evtl. zu klein? Wurden Bestandsgebäude im Stadtteil geprüft? Er verweist auf den Beschlussentwurf der CDU mit einem Standortvorschlag auf dem Gelände des KBO. Ist mit den Trägern von Housing First gesprochen worden, ob sie den Standort Zu Lachmundshof für geeignet halten?

Herr Fries: Hinter Housing First steht ein Trägerkonsortium (Wohnungslosenhilfe und Hoppenbank e.V.), welches aus ein Team aus diversen Spezialisten besteht (z.B. Psychologen). Es wird keine 24 Stunden Betreuung geben, hier sieht er allerdings auch nicht den Bedarf dafür. Es wird eine bedarfsgerechte Betreuung und ergänzend eine Objektbetreuung (Hausmeister) geben. Die Bestandsgebäude in Bremen sind für diese Form von Wohnen nicht geeignet. Bei der Größe sind auch die preislichen Voraussetzungen zu beachten. Es soll bezahlbarer Wohnraum sein. Die Form von Bungalows sind dafür geeignet. Die freien Flächen auf dem KBO Gelände sind indirekt geprüft worden, aktuell geht er nicht von einer Möglichkeit aus, dass schließt aber nicht generell diesen Standort aus. Die Träger halten den Standort Zu Lachmundshof für geeignet, so **Herr Theiling**. Die Menschen wollen in Ruhe ankommen und Wünschen sich Ruhe.

Herr Haase richtet seine Frage an Jörn Krauskopf, ob die CDU die GENO wegen dem Standort angefragt hat. Das wird verneint. Weiterhin fragt **Herr Haase**, ob stadtwweit mehrere Standorte in der Prüfung sind und heute die Entscheidung für Osterholz gefallen ist?

Herr Fries antwortet, dass die Stadt Bremen für das Projekt mehrere Standorte benötigt und nicht nur ein Standort (und nicht entweder oder). Der Standort Lachmundshof ist schon sehr konkret für die Umsetzung von „Einfach Wohnen“ geprüft worden.

Herr Dillmann spricht sich gegen eine Wohnbebauung auf dem Gelände des KBO aus. Diese Form von Wohnen hat dort nichts zu suchen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützen den Antrag der CDU nicht. Bei der Bauart müsste es sich um die Häuser in der Eggestorffstiftung (Stiftungsweg) handeln. **Herr Dillmann** fragt nach welchen Kriterien die Belegung stattfinden wird. Frau Kodre informiert, dass die Menschen zusammenpassen müssen, sie müssen auch in das Wohngebiet passen.

Herr Restat informiert, dass die Linken sich in der Bürgerschaft sehr stark für das Projekt eingesetzt haben und er sich darüber freut. Das Konzept findet er prinzipiell gut. Insgesamt gibt es 500 Obdachlose in Bremen, nach Osterholz sollen nur 10 gekommen. Es wird kein riesen Heim. Er bittet die anwesende Bevölkerung nachzudenken, wie wichtig dieses Projekt für die Menschen ist.

Herr Güngör berichtet, dass das Ziel zum Wohnen zurückzufinden wichtig ist und die Bevölkerung nicht dagegen ist. Aber was die Beteiligung seitens des Sozialressorts angeht, fühlen sich die Beteiligten „abgehängt“. Er bringt zum Ausdruck wie wichtig in diesem Fall die Transparenz für die Bürger:innen ist, damit sich keine Ängste etc. aufbauen. Und das hätte im Vorfeld schon passieren sollen.

Herr Fries findet es unredlich zu sagen, dass Osterholz nicht frühzeitig beteiligt worden ist, wenn wir mit Stand heute sechs Monate vor Ausschreibung sind. Die Gremien werden ernst genommen.

Eine Bürgerin, die beruflich mit dem Thema zu tun hat, stellt einige Fragen und kritische Anmerkungen. Wie z.B., dass Osterholz zum Versuchskaninchen werden könnte, die Realität der Vergabe der Belegung eine andere ist oder sie Zweifel an der Betreuungsform hat (freiwilliges Betreuungsangebot= wird nicht zielgerichtet angenommen).

Herr Fries bedauert, dass seine Mitarbeiterin die Inhalte des Projektes nicht teilt.

Eine Bürgerin berichtet von dem Versuch seit Beginn der Rodung des Geländes in den Behörden die Verantwortlichen zu erreichen, um auch zu erfahren, was dort passieren soll. Sie fühlt sich schlecht behandelt und nicht ernst genommen. Sie bittet aber eindringlich, dass die Sorgen und Ängste der Bürger: innen ernst genommen werden.

Herr Fries informiert, dass die Rodungsarbeiten von Immobilien Bremen und nicht vom Sozialressort beauftragt worden sind (im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht/Bestandspflege). Die Wohngebäude zur Osterholzer Heerstraße werden nicht von der ZFW/dem Sozialressort verantwortet, sondern, es wird ein Investor diese beiden Gebäude bauen und dann entweder ein Teil der Wohnungen für soziale Einrichtungen (anderer Zielgruppen) und/oder für Wohnungen (z.B. mit einem B-Schein) anbieten. Für das Projekt Einfach Wohnen sind die „Bungalows“ dahinter vorgesehen. Der Träger kann in die Beiratssitzung im Herbst mitgebracht werden, dann können Fragen zielgerichteter gestellt werden. Die Zielgruppe alle als potentielle Gefährder einzustufen, diese Meinung teilt der Staatsrat nicht.

Herr Haase betont, die Sorgen der Menschen, die persönliche Sicherheit betreffend, ernst zu nehmen.

Frau Kodre erwähnt, dass es ja bereits viele Orte in Bremen gibt, wo Wohnungslose leben. Dort gibt es keine großen Probleme in der Nachbarschaft.

Eine Bürgerin möchte, dass bei der Wahl des Standortes auch das Wohl der Anwohnerschaft berücksichtigt wird. Die Sorgen und Nöten sollen ernst genommen werden. Sie hat Sorge, dass ein Austausch der Probleme mit Tenever stattfinden wird.

Herr Haase und Herr Schlüter bitten eindringlich diese Problemlagen nicht zu vermischen.

Herr Fries nimmt die Sorge für etwas Neues ernst und macht das Angebot mit den direkten Anwohnern bis zu den Sommerferien ins Gespräch zu kommen. **Herr Schlüter** bietet den Sitzungssaal im Ortsamt Osterholz dafür an und bedankt sich für das Angebot.

Ein Bürger wirbt für Verständnis. Osterholz hat schon einiges geschafft. Die Bürger: innen lassen bei dem angestauten Frust durch Unklarheiten irgendwo die Wut raus. Man baut eine Schutzmauer auf. Er empfindet die heutigen Antworten als unzureichend. Es gibt keine klaren Antworten oder Statements.

Herr Barloschky freut sich über die heutige Sitzung. Er begrüßt ausdrücklich den 1. Absatz des CDU-Antrages. Er bittet darüber nachzudenken, worüber wir gerade diskutieren. Wohnen ist ein Menschenrecht für ALLE und Bremen muss dieses Menschenrecht umsetzen. Welchen Beitrag können wir als Bürger:innen dazu leisten-gemeinsam!

Eine Bürgerin berichtet von ihrem familiären Schicksal mit einer behinderten Tochter und dem Defizit an Wohnraum für sie. Es gibt noch andere Menschen, die Hilfe benötigen.

Frau Schönfelder kritisiert die Stimmung was die Zielgruppe angeht. Es handelt sich um Menschen und nicht DIE und WIR.

Herr Haase merkt an, dass es heute der 1. Aufschlag für uns alle ist. Die Sorgen und Ängsten werden ernst genommen. Er spricht sich dafür aus, heute keinen Beschluss zu fassen. Es gibt jeweils einen Beschlussentwurf der CDU und der SPD. Die Gespräche mit den Anwohnern und der Sozialbehörde werden abgewartet und dann wird sich der Beirat zu einem späteren Zeitpunkt positionieren.

Herr Hohn ist misstrauisch gegenüber der Behörde, denn die Vergangenheit (Flüchtlingsunterkunft Gelände Druckerei Homburg) hat klar gezeigt, dass nicht mit offenen Karten gespielt wurde und die Kommunikation ausbaufähig ist.

Herr Krauskopf stimmt zu, dass heute kein Beschluss gefasst wird. Er bittet die Sozialbehörde aber dennoch um Prüfung eines Standortes auf dem KBO Gelände. Der Träger soll bei dem Gespräch bereits dabei sein. **Herr Dillmann** nimmt von diesem Prüfauftrag Abstand und rät davon ab. **Herr Fries** wird den Prüfauftrag mitnehmen.

Herr Güngör ist der Meinung, wenn das Konzept in sich stimmig ist, ist der Standort nicht entscheidend. Die Sitzung heute hat sich seiner Meinung nach gelohnt. Das Angebot vom Staatsrat zu einem Gespräch unterstützt er.

Herr Fries fasst zusammen was verabredet worden ist:

- Die Sozialbehörde wird bei der GeNo die Standortfrage klären
- Zeitraum des Gesprächs mit den Anwohnern: nach den Osterferien bis zu den Sommerferien
- Weitere Befassung im Beirat im Oktober 2023 (inkl. Träger mitbringen)

Zu TOP 5 Anträge; u.a.

Beschlussfassung Globalmittelanträge 2023

Herr Haase informiert, dass der Beirat Osterholz eine Gesamtsumme in Höhe von 73.865,53€ zur Verfügung hat, die Gesamtantragssumme aller 74 Anträge beträgt 108.847,05€. Der vorliegende Vorschlag des Koordinierungsausschusses umfasst eine Summe in Höhe von 68.005€- Vorschläge sind am 15.03.2023 an den Beirat geschickt worden.

Die eingereichten Vorschläge sind einstimmig angenommen worden.

Beschlussentwurf zur Ausstattung der GS Walliser Straße:

Herr Massmann spricht sich dafür aus, diesen Beschlussentwurf im Bildungsausschuss am 22.3.23 zu besprechen und den bereits vorhandenen Beschluss aus Ende 2022 mit dem neuen abzugleichen. Auf Nachfrage von **Herrn Schlüter** wären alle Beiratsmitglieder mit dem Beschlussentwurf einverstanden.

Zu TOP 6 Mitteilungen des Ortsamtes

Herr Schlüter verweist auf die verschickten Emails.

Zu TOP 7 Verschiedenes

Frau Haase fragt nach dem Sachstand des Termins des Sommerempfanges des Beirates. **Herr Krauskopf** wird sich kümmern.

Herr Schlüter schließt die Sitzung um 20.55 Uhr.

Bremen, 22.03.2023

gez. Ulrich Schlüter
(Sitzungsleitung)

gez. Wolfgang Haase
(Beiratssprecher)

gez. Vanessa Klin
(Protokollantin)